

**II-249 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

ORIGINAL

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

No. 51 /A(E)

19. DEZ. 1990

Präs.:

der Abgeordneten Strobl, Dr. Müller

und Genossen

**betreffend Maßnahmen gegen den unzumutbaren Transitverkehr im Bundesland
Tirol**

Der Transitverkehr durch Tirol hat im letzten Jahrzehnt unvorhersehbare und unzumutbare Ausmaße erreicht. Über die letzten Jahre ergab sich im Straßengütertransit eine jährliche Zuwachsrate von etwa 1 Mio. Tonnen/Jahr. Die Folgen des Transitverkehrs sind negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung und auf die Umwelt in den von den Transitrouten durchzogenen hochsensiblen Alpenregionen. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Schäden bei der Bevölkerung und den Emissionen des Straßenverkehrs wurde bereits durch zahlreiche Gutachten wissenschaftlich nachgewiesen.

Angesichts dieser beunruhigenden Situation befaßte sich der Tiroler Landtag in einer außerordentlichen Sitzung bereits im Februar 1986 ausschließlich mit Fragen des Transitverkehrs und den daraus erfließenden Folgen in Tirol.

Im Nationalrat wurde von den Tiroler SPÖ-Abgeordneten und anderen im Juni 1986 wegen der Wichtigkeit und Dringlichkeit ein Entschließungsantrag zum Thema Transitverkehr Tirol und Forderungen zur Verbesserung bzw. zur Verringerung der Belastungen eingebracht. In diesem Entschließungsantrag wurden bereits 1986 vom Nationalrat konkrete Wünsche ausgesprochen, die zum Teil in den letzten Jahren schon verwirklicht wurden. Die klare umweltorientierte Verkehrspolitik der letzten Jahre hat bereits zu einer spürbaren Entlastung der Bevölkerung und der Umwelt geführt.

- 2 -

Da jedoch eine Kontinuität in der Verkehrspolitik unbedingt notwendig ist, um die Belastungen aus dem Straßengüterverkehr weiterhin zu reduzieren, wollen die unterzeichneten Abgeordneten neuerlich auf die Dringlichkeit von weiteren Maßnahmen im Transitverkehr durch Tirol hinweisen und deren ehestmögliche Verwirklichung fordern.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. vor Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen den Transitvertrag zwischen Österreich und den Gemeinschaften unter Beziehung von Vertretern der Transitbürgerinitiativen abzuschließen, wobei die Frage der Bereitstellung gemeinsamer Budgetmittel zum Ausbau des kombinierten Verkehrs eingehend geprüft werden sollte;
2. die gemeinsame Planung, Finanzierung und den Bau des Brenner-Basistunnels ist mit größtem Nachdruck voranzutreiben;
3. den Bau von Lärmschutzeinrichtungen entlang der Inntal-Brenner-Autobahn fortzusetzen, wobei auch Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Bahn geplant und verwirklicht werden sollten;
4. den Ausbau neuer Straßentransitrouten zu unterlassen; dies betrifft z. B. das Projekt Plöckentunnel, die E 66 durch das Drau- und Pustertal und die Transitroute durch das Außerfern (Bezirk Reutte);
5. die notwendigen Schritte zu setzen, um die effektive Verlagerung bestimmter Güter (z.B. Schrott) von der Straße auf die Schiene zu ermöglichen;

- 3 -

6. im Sinne des Mautausschusses des Tiroler Landtages, der als ersten Schritt folgende Tarife vorgeschlagen hat, die Tarifpolitik zu überdenken;
S 1.300,-- für einfache Fahrt mit LKW
S 1.000,-- für lärmarme LKW's untertags
S 1.300,-- für lärmarme LKW's nachts von 22.00 - 5.00 Uhr
S 80,-- für PKW Tag und Nacht gleich.
7. sicherzustellen, daß die Zahl der Durchfahrtsbewilligungen durch Österreich nicht erhöht wird, wobei auch Leerfahrten in die Berechnungen einbezogen werden müssen;
8. für die Einführung der Kostenwahrheit aus volkswirtschaftlicher Sicht und der Harmonisierung der Kostenstrukturen auf den österreichischen Transitstrecken und den übrigen alpenquerenden Transitrouten zu sorgen;
9. finanzpolitische Instrumente (KFZ-Steuer, Umweltabgabe) zu entwickeln und deren Einführung zu überprüfen, sowie eine Erhöhung der Straßenverkehrsbeiträge vorzubereiten;
10. im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten eine lückenlose Kontrolle des LKW-Schwerverkehrs, insbesondere der Gefahrguttransporte zu gewährleisten;
11. bis zur Errichtung der längst geforderten stationären Gefahrgutprüfseinrichtungen an den Grenzstellen rasch einen mobilen Gefahrgut- und Technikprüfungszug ständig für das Bundesland Tirol anzuschaffen.

Mario Rebagli
Wolfgang Kellner
Hans Koller

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Verkehrs-ausschuß zuzuweisen.

MUEL01/AVERK/VERKANTR